



Charterer Wochentblatt.

N 172.

Freitag, den 2. November.

1866

Zur Situation.

Die Organe des Standartismus in Schweden beschäftigen sich viel mit einer Annäherung an Preußen, als dem gegenwärtigen Träger des Nationalitätsprinzips in Mitteleuropa. Indessen kann unsrer ministeriellen Presse nicht nachgesagt werden, daß sie den Befreiungen schwächerer Staaten in dieser Richtung mit besonderer Eifer entgegenkome. Gewiß ist man zwar nicht berechtigt, einen so eben mit der bodenlosfesten Frivolität vom Baune gebrochenen Ausfall der „R. A. Z.“ auf die letzte Kammerrede des badischen Ministers v. Freydrich irgendwie auf Rechnung der Regierung zu setzen. Doch verhält sich dieselbe den süddeutschen Staaten gegenüber sichtlich ziemlich reservirt und scheint vorerst vielmehr ihr Herankommen abwarten zu wollen. Noch weit klarer stellt man sich natürlich den standartischen Befreiungen gegenüber, die allerdings erst ihre Lebenskraft zu erweisen haben, zumal man im Augenblicke in Kopenhagen eher nach Petersburg als nach Stockholm zu bliden scheint. In dieser Beziehung enthält die „R. A. Z.“ folgende als offiziös bezeichnete Notiz:

„Auswärtige Blätter beschäftigen sich mit Gerüchten von Verhandlungen zwischen Preußen und Schweden, um die Grundlagen einer gegen Nafland gerichteten Allianz zu gewinnen, wogegen andere Blätter von Auerbietungen wissen wollen, die Preußen an Dänemark gemacht hätte, um es zu einem engeren Anschluß an die preußische Politik zu vermögen. Letzteres Gerücht gibt dann wieder schwedischen Zeitungen Anlaß, sich in feindseligem Sinn über Preußen zu äußern, indem sie ihm vorwerfen, sein Streben gebe nur dahin, die standartische Macht zu schwächen. Beide Nachrichten haben selbstverständlich nicht die geringste Grundlage. Die Politik Preußens ist einzig darauf gerichtet, Frieden und Eintracht mit seinen Nachbarn zu bewahren.“

— Die Ernennung des Herrn v. Beust zum auswärtigen Minister Österreichs ist ein schlagender Beweis, daß der Haß gegen Preußen und der entschiedene Widerwillen gegen das von Preußen in Deutschland begonnene Werk in den maßgebenden Kreisen Österreichs

alle übrigen Rücksichten überwiegt. Die Ernennung des Hrn. v. Beust ist ein neuer Mahnruf für Preußen und Deutschland, auf der Hut zu sein und das Einigungswerk so schnell als möglich zu vollenden. Die „Beid. Correspond.“ ist der Meinung, daß die Ernennung des Hrn. v. Beust namentlich für Sachsen verhängnisvoll werden kann. „Man wird sich — sagt sie — in Sachsen nicht wundern dürfen, wenn Preußen in Sachsen jedes Loch sorgfältig verstopft, in welches Hr. v. Beust seine Hand oder seine Feder stecken könnte.“

Nach derselben Correspondenz gewinnt es den Anschein, als wenn Österreich mit dem Plane umginge, eine Art von katholischer Liga gegen Preußen zu organisieren und zu diesem Zwecke die in Italien mobil gemachten geistlichen Kräfte an sich heranziehen.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 31. Oktober. Der „Kreuzztg.“ ist folgende Erklärung des Hrn. v. Treitschke aus Artikel zugegangen: „Die auch in Ihre Zeitung übergegangene Nachricht, „dass ich mich bereit erklärt habe, in meiner Antrittsrede zufriedenstellende Erklärungen über die früheren Angriffe auf den Volkscharakter der Schleswig-Holsteiner zu geben“ — ist eine Erfindung, deren Zweck und Ursprung sich leicht erathen lässt. Als ich vor einem Jahre die partikularistische Agitation in den Herzogthümern bekämpfte, trat ich lediglich meine Pflicht. Angriffe auf den Volkscharakter der Schleswig-Holsteiner sind in keiner meiner Schriften zu finden; ich habe also nichts dergleichen zurückzunehmen.“

Durch den Friedensschluß mit dem Königreiche Sachsen hat der in diesem Sommer in Deutschland entbrannte Krieg jetzt sein Ende erreicht und ist der Frieden aller Orten wieder hergestellt. Wie Ich Mich bei dem Beginne des Krieges mit Meinem Volke gemeinsam vor dem Herrn gebeugt und Ihn um Gnade und Beistand angerufen habe, so gebühret uns jetzt gleichermaßen für die Wohlthat des wiedergeschickten Friedens zu danken.

Zugleich wollen wir uns aufs Neue bittend zu

Gott wenden und Ihn ausrufen, daß Er die Wunden, welche der Krieg geschlagen hat, heilen, uns helfen wolle, den von Ihm geschenkten Segen recht zu gebrauchen und Gnade geben, daß aus der Saat der Thränen eine Ernte erwache, welche ihm zum Wohlgefallen, uns und allen deutschen Landen zum Heile gereiche. Um solchen Dank und Bitte gemeinsam vor den Thron des Höchsten zu bringen, soll am 11. f. M., dem 24. Sonnabend nach Trinitatis, in allen Kirchen meines Landes die Wiederherstellung des Friedens durch einen festlichen Gottesdienst gefeiert werden und beauftrage Ich Sie, die zuständigen kirchlichen Behörden zu veranlassen, deshalb das Weitere anzurufen.

Gegeben Berlin, den 28. Oktober 1866.

Wilhelm.

v. Mühlner.

Nachrichten aus Putbus zufolge befindet sich der Minister-Praesident Graf v. Bismarck entschieden auf dem Wege der Besserung und beschäftigt sich bereits wieder mit der Politik. Die Rückkehr des Ministers nach Berlin ist nach der „Kreuzztg.“ auf den 12. November festgesetzt. — Das Staats-Ministerium trat gestern zu einer Sitzung zusammen und wird morgen abermals eine Zusammenkunft haben. — Es ist höchsten Orts angeordnet worden, daß die kleinen Waffen tragenden Debonnaire-Handwerker der ältesten Jahrzehnte bis einschließlich 1862, wenn sie verheirathet sind oder durch zuverlässige Zeugnisse ihre dringende Unabhängiglichkeit vom Hause beweisen können, sofort von den betreffenden Truppenteilen entlassen werden. Die Reklamationen jölder Debonnaire-Handwerker sollen daher schleunigst erledigt werden. — Wie der „Publicist“ meldet, hat die italienische Regierung für diejenigen unserer Soldaten, welche den Feldzug in Böhmen, namentlich aber die Schlacht bei Königgrätz mitgemacht haben, eine allgemeine italienische Kriegsdenkmünze bestimmt. — Die Thatache, daß die Staatsdruckerei mit dem Druck des Schatzbonds beschäftigt sei, bestätigt sich. Dagegen dürfte die daran geknüpfte Folgerung, daß demnächst mit der Ausgabe des Schatzbonds vorgenommen werden, nach einer Mittheilung der „Post“ nicht richtig sein, indem der Druck der Schatzbonds nur eine Vorichtsmaßregel für vor-

Friedrich Hecker über Deutschland.

Die „R. A. Z.“ bringt Aussätze aus Briefen von Friedrich Hecker aus Amerika an einen Freund in Mannheim. Die Briefe des Republikaners von 1848 sind in vieler Beziehung sehr interessant. In dem ersten vom 2. Dec. 1865 theilt er mit, daß er nach Beendigung des Krieges gegen die Rebellen in Amerika, den er mitgemacht, eigentlich nach Deutschland zu kommen die Absicht gehabt habe. „Aber — sagte er — abgesehen von den Kostspieligkeiten der Reise besonders bei dem hohen Geldcours — und wir Bauern haben nur ausnahmsweise etwas übrig — fragte ich mich: Was willst du dorten thun? Als bloßer Tourist und Gasthaus-Tafel-Provizer, wie John Bull, oder wie ein in Amerika reich gewordener Hausknecht? — Zu reisen um gereist zu sein? — Das ist mein Geschmack nicht. Aus Eitelkeit im Lande umherzuziehen, um geprangt zu werden, wie unser weiland Bürgerkönig-Fischer — das habe ich von jeher gehaßt. Das leere maulheldige Schwäzen mit Redensarten von Aquatorhitze, während die That weit oben am Nordpol eingefroren liegt, ist mir verächtlich. Wer so lange in dieser praktischen, nüchternen und doch so bewegten Republik gelebt und immer nur praktische Resultate im Auge gehabt hat, dem ist thatlose Schwäzer und unklare Phantasie ein Gräuel. Mit aufmerksamem Auge verfolge ich den Gang der Dinge in der Welt und besonders in Deutschland. Aber ich sehe in letzterem noch nicht ein Iota ernstgewillter Aufopferungsfä-

higkeit und Thatkraft.“ (Hecker sieht nun die Lage Deutschlands auseinander, verspricht sich sehr wenig von Österreichs Leistungsfähigkeit u. und fährt dann fort): „Lassen Sie uns nun das Volk in Deutschland betrachten. Da ist zuerst das preußische. Jeder Preuze sieht die Welt durch eine preußische Brille. Die Großmächtigkeit ist ihm zu Kopfe gestiegen. Alle seine Expectorationen sind preußisch. Was nicht preußisch ist, „is nich!“ Das steht nicht nur in Tweesten und Conforzen, sondern auch in einem Löwe und Schulze-Deleishof so fest, wie in jedem Berliner Schusterjungen. Österreich hat für Deutschlands freiheitliche Gestaltung keine unmittelbar wirkende Geltung. Was bleibt nach Abzug von Österreich und Preußen? Einige thüringische Duodez-Ausgaben, deren strategische Bedeutung Preußen im Auge behält, wie der Bussard das Mauseloch, Sachsen (propre), Bayern, Württemberg, Baden und die deutsche Türkei in Hessen. Diese Bevölkerung ist großenteils antipreußisch. Aber wenn Ihr Preußenfeinde für das Vaterland nicht mehr übrig habt, als bisher, dann haltet Euer Maul! Dann unterwerft Euch und singt: „Ich bin ein Preuze! Kennt ihr meine Farben?“ Wäre ich der Bismarck, mich würde kein Teufel abhalten, den ganzen Kram ganz ruhig einzusacken! Es würde weniger kosten, als er vielleicht selbst glaubt.“

In einem zweiten Briefe nach dem Kriege zwischen Preußen und Österreich vom 2. September 1866 erinnert Hecker seinen Mannheimer Freund daran, daß er das, was gesommen, vorausgesagt und fährt dann

u. A. fort: „Die kleineren Fürsten Deutschlands waren von jeher, auch wenn sie gewollt hätten, zu schwach, zu machtlos, um im Sinne freier Volksentwicklung vorzugehen, wohl aber stark genug, um ihren Untertanen gegenüber alles Böse zu vollführen. Für das Erstere fanden sie mächtige Widersacher in den Vormächten, für das Letztere nicht nur Alliierte, sondern sogar Befehlende. Verzweifelnd rang der badische Minister Winter die Hände als man ihm die Beschlüsse der Wiener Konferenzen zur Ausführung in Baden vorlegte. „Ich kann's nicht thun, ich kann's unmöglich thun!“ rief er grossend und jammerte. Was ich hier schreibe, ist notorisch. Bei verschiedenen Gelegenheiten sagte sogar Nebenius: „Der Großherzog würde es gern thun, — aber seine Mitfürsten, — seine Mitfürsten!! — oh!!“ Schen Sie, so mußte der ganze kleinstaatliche Constitutionalismus dem Eingeweihten als ein elendes Gaulspiel und eitel Heuchelei verhaftet werden. Ich begreife vom Standpunkte eines Republikaners nicht, wie nur ein Mann von gesundem Menschenverstande der Kleinstaaterei das Wort reden mag. Je schneller die Baumkönige abgethan werden, desto schneller marschiert die Entwicklung der Nation zunächst zur Einheit und endlich auch zur Freiheit.... Was wollen denn einige „kleine“ jenseits der Mainlinie? Experimentieren mit chronischen Schwächen auf Unkosten der Gesamt-Nation? — Wozu? — Kann nicht der norddeutsche Bund oder auch kurzweg Preußen durch Zollschranken und Hundertausende anderer Verkehrs-Hemmisse ihnen alle Andern, alle Canäle der Ernährung

ommende Fälle ist, um nicht wieder in die Lage zu kommen, wie bei den Darlehnklassenscheinen, wo bekanntlich die Herausgabe 6 Monate verzögert und dadurch die beabsichtigte Wirkung sehr beeinträchtigt wurde weil der nothwendige Druck so lange aufhielt. — Die Abschaffung des die Freizügigkeit beengenden, von den Städten zu erhebenden Einzugs geldes wird den nächstens zusammentretenden Kammern wohl wieder vorgelegt werden. Die Vorlage war schon gemacht, teilweise genehmigt und nur durch den im Februar d. J. eingetretenen plötzlichen Schluss der Session nicht weiter gediehen. Verschiedene Stände haben sich jener Abgabe schon längst entäußert und es handelt sich nur darum, sie allgemein gesetzlich zu be seitigen. (K. 3.)

Auch der „H. B. G.“ wird von hier bestätigt, daß die Bevollmächtigten der dem norddeutschen Bunde beigetretenen Regierungen sich demnächst hier versammeln werden, um, dem dem norddeutschen Parlament vorzulegenden Verfassungs-Entwurf zu berathen. Der Entwurf vom 10. Juni werde natürlich große Abänderungen erleiden müssen, da die inzwischen eingetretenen politischen Ereignisse sowohl den Rahmen des Bundes wie die Verhältnisse der einzelnen Mitglieder zu einander gründlich verändert hätten. Möglicherweise würden auch noch einige andere Gesetz-Entwürfe, wie z. B. über Freizügigkeit und Heimathberechtigung, Ge genstand der Berathung sein. — Der Antrag zur Kriegssteuer, über dessen Ausschreibung die Hannoveraner sich so sehr bechwert hätten, werde wahrscheinlich gar nicht erhoben, da man gegründete Hoffnung habe, wenigstens einen Theil der nach London abhanden gekommenen Staatsgelder wieder zu erlangen. Es sollen jetzt Verhandlungen mit Dänemark über die Begrenzung des Distrikts von Nordschleswig, in welchem eine Volksabstimmung erfolgen wird, begonnen haben. Angeblich hat man eine Linie ins Auge gesetzt, welche das Herzogthum Schleswig zwischen Hadersleben und Christiansfeld bei dem Dorfe Tielstrup durchschneidet.

Das „Drk. Journal“ bestätigt jetzt, daß die Verhandlungen in Betreff der künftigen Verfassung der Stadt Frankfurt noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Es meldet darüber: „Wir erfahren aus guter Quelle, daß der König die ihm vorgelegten Grundlinien gründlich genehmigt hat. Die Ausführung der einzelnen genehmigten Punkte ist einer weiteren Berathung im Staatsministerium vorbehalten somit kann allerdings von einer definitiven Regelung dieser Angelegenheit noch nicht die Rede sein. Erst mit der Sanktion der sogenannten Volksabstimmungen wird man im Stande sein, ein getreues Bild unserer künftigen Stadtverfassung zu entwerfen. Auch bezüglich der Zurückgabe der Kontribution von sechs Millionen ist noch nichts Definitives beschlossen; die Entscheidung dieser Angelegenheit soll auf Befehl des Königs bis zur Rückkehr des Grafen v. Bismarck im Ministerrath ausgesetzt werden sein.“

Hannover. Ueber die Zustände daselbst lassen wir Folgendes: Was die Stimmung betrifft, so ist außer in Ostfriesland, dem Hildesheimchen und einzeln anderen Orten dieselbe allerdings eine gedrückte. Allein diese Gefühlspolitik entscheidet nichts, das Entscheidende scheint mir, daß der ganze Staats-Organismus sich mehr oder weniger gern unterwirft. Es ist kein einziges Beispiel vorgekommen, wo ein höherer Angestellter sein Amt niedergelegt. Die Gerichte fahren fort, zu erkennen, und streichen das Wort „hannoversisch“ unter ihren gedruckten Formularen aus; sobald die Siegel fertig sind, werden sie mit dem preußischen Adler siegeln. Die General-Sekretäre führen die Ministerien weiter; sie schreiben sogar die von keiner Landesvertretung bewilligten Kriegssteuern aus. Die Landdrosten, die Amtler gehorchen den Befehlen des General-Gouverneurs. Es gehen aus allen Theilen des Landes Berufungen, Refurse, Vorstellungen

der Art unterbinden, daß sie um ihrer eigenen materiellen Wohlfahrt willen gezwungen sind, sich wieder mit dem überwiegenden Theil der Nation zu vereinigen, wenn sie nicht etwa nach parabolischem Irrlaufe gleich einem schwachen Cometen in den Hauptkörper stürzen wollen? . . . „Düsterer Aussicht für ein treues republikanisches Herz!“ werden Sie sagen. Nein und abermals nein, sage ich. Eines hat die Nation bereits heute gewonnen. Sie fühlt, glaubt und sagt es, daß sie am Punkte steht, eine Machtstellung einzunehmen, — eine gewaltige Stellung innerhalb der Grenzen von Europa! Der Particularismus versinkt. Die getrennten Glieder des Körpers formiren sich zum gewaltigen Leibe. Die Verachtung des deutschen im Auslande hat aufgehört: er wird stark und gefürchtet. Der Nationalstolz, das Selbstgefühl erwacht. Die Intelligenz ist Gemeingut geworden. Sie ist nicht mehr Patrimonium einzelner Stände. Handel und Industrie, Kunst und Wissenschaft, sie machen jeden Absolutismus auf die Dauer unmöglich. Die Kosten der Erhaltung der Staatsmaschine, die Staats Schulden, sie sind es, welche den Absolutismus zwingen der freien Entwicklung zu weichen. Jedes Attentat auf die freie wirtschaftliche Entwicklung Seitens der Staatsgewalt ist für letztere ein Wühlen in den eigenen Eingeweiden — ein Selbstmord. Vergleichbar wird der Absolutismus sich dem freien Menschensteine entgegenstemmen. Die Räder der geistigen Vorwärtsbewegung werden ihn erreichen, erfassen, zermalmen! . . .

und bitten direkt oder durch Vermittelung des Civil-Kommissarius an das Ministerium in Berlin und werden von dort verabschiedet. Die untere Dienerschaft, die Steuer- und Zollbedienten, die Eisenbahn-Anstellten, die Postleute, die Gendarmerie und die Polizei gehorchen den Befehlen des Gen. v. Voigts-Rhetz oder den neu angestellten Altpreuzen. Die gesamte Bureaucratie zeigt sich so mechanisch, daß es nur der Umstaltung eines Rates bedarf, und die ganze Maschine arbeitet in entgegengesetzter Richtung. Wie will dabei Gefühlspolitik lange andauern, zumal wenn die kleinen Mittel, die man zum Aufstacheln braucht, die weiß-gelben Kravatten, die Broschen, die eingestellten Theaterbesuche u. s. w., sich verbrauchen, was rasch genug geschieht? Als ferneres Zeichen betrachte ich, daß dasjenige Mitglied der Ritterschaft, welches durch die Verfassung gleichsam an die Spitze des Adels gestellt ist, mit einer Broschüre hervortritt, in der es unbedingt Hingabe an Preußen empfiehlt. Dem keiner Andern als dem Erblandmarschall Grafen Münster schreibt man die Broschüre. „Das Schicksal Hannovers vom 16. Juni r.“ zu. Auf diese Weise ist die Unterwerfung im allerhöchsten Grade, und die Traurigkeit der Gemüther wird sich bald legen.

Ueber den Ursprung der im Lande verbreiteten Proteste gegen die Annexion wird in der hiesigen „Zeitung für Norddeutschland“ berichtet, daß dieselben überall dort auftauchen, wo ein im Lande unerreisender Leibjäger des höheren Königs erscheint. In den Städten werden die Proteste vorzugsweise durch eifrigste Büttler und Subalternbeamte, auf dem Lande durch Herren und Damen vom Adel folportiert. — Der ehemalige Kriegsminister v. Brandis, der bisher beim König Georg in Wien verweilte, ist hierher zurückgekehrt und wohnt auf dem ihm vor einigen Jahren vom König geschenkten Jagdschloß Ricklingen. Der bisherige hannoversche Generaladjutant, Oberst Dammers, ist nach Wien abgereist, um mit dem König Georg über die Eidesbindung der hannoverschen Offiziere zu verhandeln. Das Offizierkorps der bisherigen hannoverschen Artillerie und der Ingenieure, welches, ganz im Gegensatz zur Garde und zur Kavallerie, schon vor dem 14. Juni für die Waffengemeinschaft mit Preußen war, wird gern in seinen jüngeren Elementen in die preußische Armee überreten, sobald der bisherige Fahneneid erlassen ist, wogegen die Offiziere der Infanterie und namentlich der Kavallerie in ihrer Mehrzahl sich bisher noch in der Voraussetzung, daß die Kapitulation von Langensalza ihnen ihre Kompetenzen auf Lebenszeit garantire, gegen den Übergang sträuben.

Dresden. Der Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Pöthenbauer, zeigte heute in dem „Dresdener Anzeiger“ der hiesigen Bürgerschaft an, daß der König Johann am 3. November unter dem Geläute aller Glocken die Stadt betreten und, nachdem an der festlich geschmückten Eingangspforte am Pirnaischen Schrage die feierliche Begrüßung erfolgt sei, seinen Einzug nach dem königlichen Schlosse halten werde. Der Oberbürgermeister fordert alle Bürger auf, „Zunge dieses denkwürdigen, feierlichen Augenblicks zu sein.“ „Alt und Jung sollen sich zu beiden Seiten des Weges zur freudigen und ehrerbietigen Begrüßung des zu seinen Kindern heimgekehrten geliebten Landesvaters schaaren.“ — Ueber das Verhalten zwischen den preußischen und den sächsischen Truppen auf dem Königstein cirkulieren im Publikum schlimme Gerüchte, ebenso wie über angebliche Zusammenstöße zwischen dem preußischen Militär und der Fabrikbevölkerung in Chemnitz. Im hiesigen preußischen Gouvernement weiß man nichts davon; jene Gerüchte verdanken unstreitig ihre Entstehung nur der allgemein herrschenden Besorgniß vor Konflikten. Man spricht davon, daß die Kriegskostenentschädigung von zehn Millionen nicht in den drei in dem Friedensvertrage angegebenen Raten, sondern nach Schluss des zum 12. November zusammenberufenen Landtages auf ein Mal gezahlt werden solle, spätestens also am 31. Dezember d. J., wo die erste Rate fällig ist.

Baden. Die badische Kammer hat der Regierung das Geld, das dieselbe behufs der Aufschaffung von Bläudnadelgewehren verlangt hat, verweigert, weil sie überhaupt keine außerordentlichen Mittel auf die badische Armee verwenden will, so lange dieselbe nicht durch den Anschluß an die preußische Armee oder vielmehr an die des norddeutschen Bundes zu einem Theile einer wirklich nationalen Armee gemacht ist. In der gegenwärtigen Vereinzelung, in der Baden und seine Armee seit dem Frieden sich befindet, hat die Armee nach der Meinung der Kammer für die Vertheidigung des Landes nicht allein keinen Werth, sondern bildet sogar eine Gefahr für dasselbe.

Österreich. Die „Neue freie Presse“ vom 31. Oktober schreibt: Graf Mensdorff lehrt zu seiner militärischen Laufbahn zurück. Die Einberufung des ungarischen Landtages zum 19. November cr. hat die Genehmigung des Kaisers erhalten. Graf Esterhazy hat die erbetene Entlassung erhalten.

Italien. Das Ergebnis der Volksabstimmung in den venetianischen Provinzen ist jetzt fast vollständig bekannt, und fast als Einstimmigkeit zu bezeichnen. Die stimmfähige Bevölkerung fand sich überall fast vollzählig bei den Urnen ein, so daß die Zahl der Enthaltungen nur geringe ist. Der Clerus nahm überall lebhaft an der Abstimmung Theil; selbst einzelne Bischofe, welche nicht persönlich erschienen, sandten ihr „Si“ (Ja) schriftlich ein. — Dieser Stimmungswechsel ist so auffallend, daß man geheime Instruktionen aus Rom dahinter vermutet. Doch darf man jenen Kundgebungen kein zu hohes Gewicht geben, denn es ist wohl möglich daß man diese Nachgiebigkeit und Unterwürfigkeit der neuen Regierung gegenüber nur zeigt, um, auf dieselbe gestützt, später mit Forderungen hervorzutreten, welche mit den freiheitlichen Grundsätzen der italienischen Staaten sich nicht vertragen, und um dann bei Zurückweisung derselben die Regierung um so selber des Verfolgung, der Undankbarkeit und der Unterdrückung anklagen zu können. Was die Aufhebung der Klöster und der geistlichen Körperschaften betrifft, so wird die Majestät nur in Rom, nicht aber von dem Clerus in den Provinzen angefeindet, weil jene Anstalten von den Diözessen unabhängig waren und direkt von Rom ihre Weisungen erhalten, so daß zwischen ihnen und der Weltgeistlichkeit immer ein gewisser Antagonismus bestand.

Mit der Aufhebung der Klöster in Sicilien wird rasch vorgegangen. Die Präfekten sind angewiesen, dafür zu sorgen, daß binnen zehn Tagen die Klöster von ihren Einwohnern geräumt werden; diese müssen nach ihrem Geburtsort oder zu ihren Familienangehörigen zurückkehren und die Ordenskleidung ablegen, widrigenfalls sie keinen Anspruch auf die gesetzliche Pension erheben können. Die Regierung behält sich vor, dafür zu sorgen, daß der Gottesdienst in den den Klöstern zugehörigen Kirchen nicht unterbrochen werde. Diese Anordnung wird zwar einen großen Eindruck in Sicilien hervorbringen, unter den gegenwärtigen Umständen aber nirgends auf Widerstand stoßen.

Provinzielles.

Marienwerder den 29. Oktober. Die Kreise Marienburg, Elbing, Marienwerder, Stuhm und ein Theil von Rosenberg haben nach der Verordnung über die Neubildung des Herrenhauses vom 10. November 1865 ein Mitglied des alten Grundbesitzes für das letztere zu präsentieren. Wahlberechtigt sind aus diesem Verbande 16 Rittergutsbesitzer, deren Güter sich seit 50 Jahren und darüber in ihrem Familienbesitz befinden. Nachdem diese Wahl schon vor einigen Monaten angeordnet aber nicht abgehalten war, weil sich nicht die gesetzlich erforderliche Zahl von 10 Wählern eingefunden hatte, stand heute ein neuer Wahltermin hier zu diesem Zwecke vor dem Landrat v. Busch an. Trotz der eifrigsten Versuche mehrerer Beteiligten, die stimmfähige Zahl herzuzitieren, waren jedoch nur 8 Wähler erschienen und mußte die Wahl deshalb wieder unterbleiben.

Vokales.

Schwurgericht. Am 29. Ott. ber kamen zur Verhandlung die Anklagesache: 1) wider den Kaufmann Ernst Kostro aus Thorn und 2) den früheren Landrats-Amts-Executor Carl Schröder aus Grembozyn.

Kostro, welcher im Juni d. J. den Concours über sein Vermögen anmeldete, war beschuldigt, in der Zeit vom April bis 21. Juni d. J. in Thorn sein Vermögen theilweise bei Seite geschafft, ferner während der Dauer seines kaufmännischen Geschäfts vom October 1864 bis zum 21. Juni 1866: a. die jährliche Aufstellung einer Bilanz seines Vermögens, obwohl dieselbe gesetzlich vorgeschrieben, und nach der Geschäftsfähigkeit des Geschäfts erforderlich war, unterlassen und b. seine Handlungsbücher so unordentlich geführt zu haben, daß sie keine Übersicht seines Vermögens gewähren.

Kostro hatte hier im Oktober 1864 ein Cigarren Geschäft errichtet und am 21. Juni d. J. den Concours über sein Vermögen angemeldet. Einige Wochen vor der Concurs-Eröffnung hatte er durch seine Frau und seine beiden Schwestern 139 Kisten Cigarren auf den Boden des Hauses seiner Mutter bringen lassen, und dieselben weder in der Aufstellung seines Vermögens, bei Anmeldung des Concurses, aufgeführt, noch auch später bei der gerichtlichen Inventur angegeben. Dieselben sind einige Zeit nach der Concurs-Eröffnung unter Lumpen verstckt auf dem Boden des Hauses seiner Mutter vorgefunden worden. Der Angeklagte behauptete die Cigarren behufs Ablagerung auf den qu. Boden geschafft zu haben, wollte aber von deren Verpackung keine Kenntnis gehabt und das Vorhandensein derselben in seiner damaligen Anregung anzugeben vergessen haben. Eine Bilanz habe er nur deshalb nicht gezogen, weil er dies nicht verstanden und auch geglaubt, daß solche nach dem Umfang seines Geschäfts nicht nothwendig gewesen. Die ganze Beweis-Aufnahme schien dem Geschworenen keine Überzeugung von der Schuld des Angeklagten gewährt zu haben, denn ihr Verdict lautete auf Nichtschuldig, weshalb Kostro freigesprochen wurde.

Carl Schröder war geständig im Monat Juni d. J. im Kreise Thorn wiederholt ihm vom Königlichen Landrats-Amts zu Thorn übergebene Mahnzettel in der Absicht sich Gewinn zu verschaffen, dadurch gefälscht zu haben, daß er aus der ursprünglichen Zahl seine zu erhebenden Gebühren von 1 Sgr. eine 2 mache und von den so gefälschten Mahnzetteln zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht, auch im Juni d. J. an verschiedenen Orten im Kreise Thorn als Kreisexecute Gebühren, die er für seine amtlichen Verrichtungen zu erheben hatte, erhoben zu haben, von denen er wußte, daß die Zahllenden sie nur in geringerem Betrage verschuldeten. In Folge seines Geständnisses wurde ohne Zugabe des Geschworenen verhandelt und der Angeklagte zu 6 Monaten Gefängniß, 10 Thlr. Geldstrafe oder noch 5 Tage Gefängniß und 1 Jahr Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt.

Den 30. Oktober kam zunächst zur Verhandlung die Anklagesache wider den Einw. Paul Kaniewski auf Renzau wegen wissentlichen Gebräuchs einer falschen Urkunde und den Eigentümern und Musizis Franz Szczypinski aus Renzau wegen Theilnahme an diesem Verbrechen.

Kaniewski war geständig, während das Verdict der Geschworenen bei dem beharrlich leugnenden Szczypinski auf Schuldig lautete.

Jeder der Angeklagten wurde zu 3 Monaten Gefängniß 5 Thlr. Geldbuße eben, noch 3 Tage Gefängniß und Kaniewski außerdem noch zu 1 Jahr Verlust der Ehrenrechte verurtheilt.

Der Schneidergeselle Joseph Mose aus Frankenstein in

Schlesien, dessen Sache nächstdem zur Verhandlung kam, war angeklagt, am 8. Septbr. d. J. während er bei dem Schneidermeister Senkeil hieselbst in Arbeit stand, einen an dessen Tochter addresierten, versiegelten Brief, der nicht zu seiner Kenntnißnahme bestimmt war, unbefugt geöffnet, und denselben in der Absicht sich Gewinn zu verschaffen, dadurch, daß er darin den ihm von der Pauline Senkeil aus zugahlenden Lohnbetrag von „20 Sgr.“ ausstrich und dafür „1 Thlr.“ hinschrieb, verschäflicht und von diesem so verfälschten Briefe zum Zwecke der Läufung Gebrauch gemacht, auch an diesem Tage seinem Meister verschiedene Gegenstände im Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben.

Mose war der That durchweg geständig und wurde demgemäß zu 3 Monaten Gefängniß, 5 Thaler Geldbuße oder noch 3 Tage Gefängniß und Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt.

Am 31. Oktober wurden verhandelt die Anklagesachen wider: 1) die unverehelichte Caroline Jahnke aus Groß Bösendorf wegen Kindermordes, 2) den Müllerlehrling Marcell Heynowski aus Eibor, Kreises Strasburg wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle.

Die Sühne war geständig, ihr am 9. September d. J. aufzehrt, geborenes Kind durch Drücken am Halse und Entziehung der Nahrung vorsätzlich getötet zu haben, und wurde demnach mit 5 Jahren Zuchthaus bestraft.

Heynowski war geständig, am Abend des 23. Januar d. J. zu Sammeln, Kreises Strasburg, dem Forstzeug-Aufseher Schwäbisch ein Pferd nebst Baum und Sattelzeug in Absicht rechtswidriger Zueignung und zwar mittelst Einbruchs in den Stall gestohlen zu haben, und wurde dafür, da er bereits 3 mal wegen Diebstahl bestraft war, zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Stellung unter Polizei-Aufsicht verurtheilt.

— **Vorschußverein.** Dem Vorstande desselben ist von dem Modelleur Held aus Halberstadt ein in Gips schön ausgeführter Kopf des Anwalts der deutschen Genossenschaften, des hochverehrten Schulze-Delitzsch eingefügt. Zeichnungen auf jenes Kunstwerk zu dem billigen Preise von 3 Sgr. nimmt seitens der Vereinsmitglieder entgegen der Vereins-Rendant Herr Heinrich.

— **Hottelerie.** Bei der a. 31. d. M. fortgesetzten Ziehung fiel 1 Hauptgewinn von 15,000 Thaler auf Nr. 15,199. 2 Gewinne zu 5000 Thlr. fielen auf Nr. 751 und 12,386. 4 Gewinne zu 2000 Thaler fielen auf Nr. 6700, 15,229, 53,041 und 61,918.

43 Gewinne zu 1000 Thaler auf Nr. 2252, 4069, 9663, 10,334, 13,091, 17,276, 18,433, 25,432, 29,232, 33,648, 41,100, 44,461, 45,604, 46,753, 46,758, 47,027, 47,731, 50,905, 50,988, 51,968, 59,483, 60,163, 61,754, 62,810, 63,665, 63,788, 63,888, 64,015, 67,621, 67,917, 69,471, 69,526, 69,725, 71,215, 71,285, 74,818, 76,786, 78,849, 82,828, 84,798, 87,782, 91,186 und 91,840.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 127½ pCt. Russisch-Papier 127½ pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silbergroschen 10—13 pCt. Neue Silbergroschen 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 1. November. Temp. Räkte 2 Grad. Luftdruck 27 Zoll 11 Strich. Wasserstand — Fuß 7 Zoll unter 0.

Inserate.

Nachstehende Verordnung

Verordnung.

Unter Aufhebung unserer Polizei-Verordnung vom 27. Januar d. J. wird auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 11. März 1850 Nachstehendes hiermit angeordnet:

- S 1 Sobald sich an einem Orte ein toller oder der Tollwuth verdächtiger Hund gezeigt hat, sind sämtliche Hunde während einer Frist bis zu 6 Wochen und in einem Umkreise bis zu einer halben Meile, soweit sie nicht in geschlossenen Räumen gehalten werden, anzulegen.
S 2 Auf den öffentlichen Wegen und Straßen müssen die Hunde während dieser Frist an der Leine geführt werden. Ausnahmen finden nur statt hinsichtlich der Jagd- und Hirtenhunde, während sie zur Ausübung der Jagd oder zum Hüten von Vieh benutzt werden.
S 3 Der Kreislandrat ist nach seinem Ermeessen befugt zu bestimmen, von welchem Zeitpunkte ab die vorstehende Sicherheitsmaßregel in Anwendung zu bringen ist.
S 4 Wer es unterläßt, der vorstehenden Anordnung nachzukommen, verfällt in eine Strafe bis 10 Thlr. oder verhältnismäßige Gefängnisstrafe. Marienwerder den 16. Oktober 1866.

Königliche Regierung. Abtheilung drs. Innern.

wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Thorn, den 29. Oktober 1866.

Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die eine Viertelmeile von der Stadt am Weichselstrom belegene städtische Ziegelei mit unerschöpflichem Lehmlager, vier Ziegel- und zwei Kalköfen, sämtlich zu Kohlensiederung eingerichtet, mit vollständigem Betriebs-Inventarium, namentlich einer Ziegel-Breßmaschine, soll vom 1. April 1867 auf 15 Jahre verpachtet werden.

Pachtluftige werden aufgefordert, ihre Oefferten bis zum 15 Dezember d. J. bei dem unterzeichneten Magistrate einzureichen.

Die Bedingungen, über deren Abänderung übrigens auf Verlangen noch verhandelt werden kann, werden von uns gegen Erstattung der Co-pialien zugesandt.

Die Pacht-Caution beträgt 3000 Thlr., außer welchen zur käuflichen Uebernahme des beweglichen Inventariums und der Rohmaterialien Vorräthe noch etwa 5000 Thlr. erforderlich sein werden.

Jede nähere Auskunft wird auf briefliche Anfragen von uns, auf mündliches Erfuchen von dem Vorsitzenden unserer Ziegelei-Deputation Hrn. Stadtrath Hoppe bereitwillig ertheilt werden.

Thorn, den 29. Oktober 1866.

Der Magistrat.

Im Saale zum Artushof

Freitag den 2. November (mit wieder neuem Programm Abends 7½ Uhr).

5. Opern-Gesangs-Concert mit Pianino-Begleitung.

(Das Programm besteht außer einem Violin-Concert (vorgetr. von Herrn Köhn begleitet von Hrn. Lessmann jun.; einem Flöten-Concert (vorgetr. von C. Hané begl. v. Fr. Hané) aus den bedeutendsten Gesangsspielen aus den Hugenotten von Meyerbeer, Joseph in Egypten von Mehul rc.: Liedern, Duett, Terzett und Quartetten (ernsten und heiteren Genres).

Entree an der Kasse 5 Sgr. (3 Billette zusammen sind für 10 Sgr. bei den Herren Grée Ziemann, Malskat und Höse, bis 7 Uhr zu bekommen). Zu freundlichem Besuche laden ergebenst ein

Gesanglehrer Hané mit Frau und Töchtern.

Als Pianoforte-Stimmer empfiehlt sich zu gleich einem sehr geehrten Publikum

C. Hané.

Artushof. Königsberger Lagerbier frisch vom Fass.

Offizianten-Begräbniss-Verein. General-Versammlung.

Montag, den 5. November Abends 6 Uhr im Hildebrandtschen Lokal. Personen, welche dem Verein beizutreten wünschen, wollen sich bei dieser Gelegenheit dem Vorstande vorstellen.

Thorn, den 2. November 1866.

Der Vorstand.

Klavier-Unterricht ertheilt

Laura Lambeck.
Gerstenstraße Nr. 96.

Für 3 Sgr. vorrätig in der Buchhandlung von Ernst Lambeck in Thorn.
Wie schützt man sich vor Körperschwäche?
Ein Rathgeber für Jedermann, der seinen vollen Kräftezustand erhalten und sich vor den nachtheiligen Folgen schlechter Verdauung, Blutarmuth, Hämorrhoiden, Magenbeschwerden, Cholera-Anfälle etc. bewahren will. Von Dr. Ritter.

Die wegen Lehrerwechsels verspätete Eröffnung des Wintercursus an der jüd. Religionsschule findet

Sonntag, den 4. d. Mts.

statt, und haben zu diesem Behufe an dem genannten Tage die Knaben und Mädchen sämtlicher Religionsschulklassen, die ersten um 9 Uhr Vormittags, die letzteren um 11 Uhr, in der Gemeinde-Schullokallität zu erscheinen.

Der Schuldiregent
Rabbiner Dr. Rahmer.

1 Laden ist Breitesstraße Nr. 47 zu vermieten.
J. S. Schwartz.

Schützenhaus.

Sonntag den 4. November.

Concert und Tanzvergnügen.

Sing-Verein.

Freitag den 2. November er außerordentliche Uebung zum bevorstehenden Konzert.

Um zahlreiche Betheiligung, namentlich der Herren, wird gebeten.

Der Vorstand.

Von F. Schubert's beliebten „325 leichten Flötenstückchen“ und „Der kleine Paganini“ (325 leichte Violinstücke) ist wieder ein neues Heft gekommen, das dritte; dasselbe umfasst abermals volle 100 Musikstücke aus den schönsten Opern, Liedern, Tänzen etc. und kostet nur 15 Sgr. Alle diese melodireichen Stücke sind zum Solo-Vortrag gesetzt, können aber auch sämmtlich als Duette mit Pianoforte gespielt werden. Von beiden Sammlungen sind auch wieder Heft 1 und 2 (ebenfalls à 15 Sgr.) vorrätig in der Buchhandlung von Ernst Lambeck.

Von meiner Concertreise zurückgekehrt erlaube mir die ergebene Anzeige, daß ich von jetzt an wieder Klavierschüler annehme; zu Anmeldungen werde ich von 10 bis 12 Uhr Vormittags und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr in meiner Wohnung, Luchmacherstr. 172, bereit sein.

J. Konopacki.

Das Haus Brückenstraße Nr. 8 b steht zum Verkauf, es ist nicht breit, aber tief

Allerneueste grosse Capitalien-Vertheilung von 2 Millionen 523,000 Mark,

bei welcher

nur Gewinne

gezogen werden,
genehmigt und garantirt von der Staats-Regierung.

Ein Staats-Original-Loos kostet 4 Thaler Pr. Court
Zwei Halbe do. Loose kosten 4 " "
Vier Viertel do. do. do. 4 " "
Acht Achtel do. do. do. 4 " "
Bei Entnahme von 11 Loosen sind nur 10 zu bezahlen.

Unter 16,400 Gewinnen befinden sich
Haupttreffer v. Mark 250,000, — 150,000
100,000, — 50,000, — 25,000, — 2 mal
20,000, — 17,500, — 2 mal 15,000, — 2
mal 12,500 — 2 mal 10,000, — 1 mal
7500, — 4 mal 5000, — 7 mal 3750, —
1 mal 3000, — 85 mal 2500, — 5 mal
1250, — 115 mal 1000, — 5 mal 750, —
120 mal 500, — 230 mal 250, — 10,700
mal 117 Mark etc. etc.

Beginn der Ziehung am 13. d. Mts.
Unter meiner in weitester Ferne bekannten und allgemein beliebten Geschäftsddevise:

„Gottes Segen bei Cohn!“
habe ich bereits ein und zwanzigmal das grosse Loos und jüngst am 22. v. Mts. schon wieder den allergrößten Hauptgewinn ausbezahlt.

Das anhaltende Glück meines Geschäfts zeigt sich also bei jeder Gewinnziehung!

Auswärtige Aufträge mit Rimessen in allen Sorten Papiergele oder Freimarken oder gegen Postvorschuss führe ich selbst nach den entferntesten Gegenenden prompt und verschwiegen aus und sende amtliche Ziehungslisten und Gewinnelder sofort nach der Entscheidung zu.

Laz. Sams. Cohn,
Banquier in Hamburg.

Schweinesfleisch-Rippsspeer à Pf. 4 Sgr.
Harder,
Brückenstraße.

